



Was steckt hinter der “Wettbewerbsfähigkeit“?

Mythos und Wahrheit rund um den EU-Wettbewerbspakt

Einführung

In den vergangenen Jahren hat die EU in einer nie da gewesenen Geschwindigkeit neue wirtschaftspolitische Regeln erlassen und so eine EU-Wirtschaftsregierung aufgebaut. Beispiele sind Six-Pack, Two-Pack und Fiskalpakt. Mit dem Wettbewerbspakt soll nun der nächste Schritt gemacht werden, um die Mitgliedsstaaten auf eine bestimmte Politik festzulegen – eine Politik der permanenten Steigerung der “Wettbewerbsfähigkeit”. Die Krise habe offenbart, dass die “Wettbewerbsfähigkeit” zu niedrig wäre, der Pakt solle Abhilfe schaffen.

“Wettbewerbsfähigkeit” wird in der öffentlichen Debatte meist als etwas grundsätzlich Positives dargestellt. Was sich tatsächlich hinter dem Konzept verbirgt, bleibt verborgen. Es lohnt sich jedoch genauer hinzusehen, denn unter dem Deckmantel der “Wettbewerbsfähigkeit” werden seit Jahren Sozialabbau, Privatisierung und Lohnkürzung durchgesetzt.

Über die AutorInnen

Sol Trumbo Vila ist Projektkoordinator des EU Economic Governance Project im Rahmen des Programms „Wirtschaftliche Gerechtigkeit, Macht der Unternehmen und Alternativen“ des Transnational Institute; Twitter: @soltrumbo

Andy Storey ist Dozent an der School of Politics and International Relations, University College Dublic, Irland; Vorsitzender der Nichtregierungsorganisation für Gerechtigkeit und Frieden “Action from Ireland (Afri)”; Gründungsmitglied der Vereinigung Debt Justice Action, die sich gegen unrechtmäßige Schulden in Irland, Europa und weltweit einsetzt.

Alexandra Strickner ist Volkswirtin, Gründungsmitglied und Obfrau von Attac Österreich.

Elisabeth Klatzer ist Volkswirtin, Aktivistin-Forscherin, Mitglied des Vorstands von Attac Österreich.

Steffen Stierle ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag und langjähriger Aktivist bei Attac Deutschland.

1. Was bedeutet „Wettbewerbsfähigkeit“?

Im volkswirtschaftlichen Sinn versteht man unter Wettbewerbsfähigkeit all das, was es Unternehmen, Ländern oder Regionen leichter macht, ihre Waren und Dienstleistungen an andere Unternehmen, Länder oder Regionen zu verkaufen. Sie kann auf einer Vielzahl von Faktoren beruhen. In der Wirtschaftstheorie werden normalerweise Arbeit, Kapital und Technologie als die wichtigsten Produktionsfaktoren für Unternehmen genannt, während für Länder und Regionen auch Institutionen und Wirtschaftspolitik entscheidend sind.

Auch die „Wettbewerbsfähigkeit eines Marktes“ wird in der Wirtschaftstheorie gemessen. Ein Markt mit „vollständigem Wettbewerb“ wird als ein Markt definiert, in dem keinerlei Eintritts- oder Austrittsbarrieren (Unternehmen werden gegründet und verschwinden wieder, wenn sie nicht konkurrenzfähig sind) bestehen, in dem es eine große Anzahl von Verkäufern und Käufern gibt, die miteinander konkurrieren, in dem keine Transport- oder Informationskosten anfallen, in dem die Marktaktivität keinen negativen Einfluss auf Unbeteiligte hat und in dem das Handeln vom Streben nach Gewinn getrieben wird.

Die Globalisierung der letzten Jahrzehnte hat den Wettbewerb zwischen den Ländern und Unternehmen auf der Welt verschärft. Möglichkeiten zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sind daher für WissenschaftlerInnen, UnternehmerInnen und PolitikerInnen zu einem wichtigen Thema geworden.

In der gegenwärtigen Debatte wird jedoch eine sehr enge Interpretation der „Wettbewerbsfähigkeit“ benutzt, die das Thema im Wesentlichen auf Arbeitskosten, Sozialleistungen und Steuerpolitik reduziert. Löhne, Sozialleistungen und Steuern für Unternehmen werden als reine Belastung für Firmen - und die Wirtschaft insgesamt - interpretiert, denn sie erhöhen Endpreis eines Produktes und verringern dadurch dessen „Wettbewerbsfähigkeit“. Der Marktanteil des Unternehmens wird dadurch kleiner. Um seine Stellung zu verteidigen müsse es daher die Löhne senken. Dabei werden aber zwei wichtige Aspekte ignoriert: Erstens, der Wettbewerb von Produkten findet zu einem großen Teil über die Qualität statt (also die Technik, Innovation und Attraktivität des Produktes) und nicht nur über den Preis. Außerdem sind die Lohnkosten nur ein Teil der Gesamtkosten. Zweitens ist die Logik, die für ein Produkt - zumindest teilweise - gilt, nicht auf die gesamte Volkswirtschaft zu übertragen. Tatsächlich sind viele europäische Länder mit relativ hohem Lohnniveau (wie Finnland oder Norwegen) sehr wettbewerbsfähig. Dies liegt am hohen Niveau technologischer Investitionen und der guten Qualifikation der ArbeitnehmerInnen. Außerdem stellen gute Einkommen für die ArbeitnehmerInnen auch die Grundlage dar, dass Unternehmen überhaupt etwas verkaufen können. In allen europäischen Ländern wird der Großteil der Produkte - je nach Land schwanken die Anteile etwas - im Inland verkauft. Diese Faktoren werden in der Debatte gerne ausgeklammert.

Ein weiterer Fokus der Debatte liegt auf Privatisierung. Private Anbieter seien effektiver und trügen damit mehr zur Wettbewerbsfähigkeit des Landes bei.

Die skandinavischen Volkswirtschaften oder auch China sind jedoch gute Beispiele dafür, dass eine hohe Wettbewerbsfähigkeit auch mit einer starken Rolle der öffentlichen Hand in der Wirtschaft vereinbar sein kann. Außerdem liegen keine schlüssigen Studien vor, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit anderer Länder nach Privatisierungswellen erhöht hätte.

2. Was bedeutet Wettbewerbsfähigkeit für die europäischen Institutionen?

In der EU ist „Wettbewerbsfähigkeit“ eine der treibenden Kräfte des Integrationsprozesses gewesen. Die Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 zielte im darauffolgenden Jahrzehnt darauf ab, die Europäische Union zur „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Volkswirtschaft der Welt zu machen, die in der Lage ist, nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und stärkerem sozialen Zusammenhalt zu erreichen“. ¹ Die in diesem Ziel enthaltene Formulierung „bessere Arbeitsplätze und stärkerer sozialer Zusammenhalt“ hat sich übrigens bald als reines Lippenbekenntnis herausgestellt und ist aus den Prioritäten verschwunden.

Der Schutz des „freien Wettbewerbs“ war bereits ein Kernelement des Vertrags von Maastricht, der 1993 in Kraft trat und die rechtliche Grundlage der heutigen EU darstellt. Der Maastricht-Vertrag ist Teil des globalen neoliberalen Zeitgeistes der 1990er Jahre. Staatliche Intervention in die Wirtschaft und öffentliche Unternehmen wurden als Hindernisse bei der Schaffung eines perfekt funktionierenden, wettbewerbsfähigen europäischen Binnenmarktes angesehen. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die Liberalisierung strategischer Märkte (Finanzen, Energie, Transport, Kommunikation) wurden zentraler Bestandteil der EU-Politik und Grundvoraussetzung für die Aufnahme neuer Mitglieder.

„Wettbewerbsfähigkeit“ ist das gebetsmühlenartig vorgebrachte Argument der EU-Kommission, wenn sie von Mitgliedsstaaten die Umsetzung politischer Reformen verlangt. Insbesondere seit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 hat dieses Argument Hochkonjunktur. In der EU führte die Finanzkrise zu einer breit angelegten Rettung des Finanzsektors mit öffentlichen Geldern. Hinzu kamen wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone, die auf unterschiedlichen Produktivitätsniveaus beruhen und in Teilen der Währungsunion die Schulden nach oben getrieben haben. In einigen Ländern ging das so weit, dass sie öffentliche Kredite beantragen mussten, um Staatspleiten abzuwenden. Diese Kredite wurden ihnen von den neu geschaffenen EU-Institutionen EFSF und ESM gewährt – unter der Voraussetzung, dass sie ein umfassendes Reformprogramm der so genannten Troika akzeptieren. ²

Die Troika besteht aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF). Die von der Troika aufgelegten Programme sollen dazu dienen, „die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen und strukturelle Reformen umzusetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern und damit den Grundstein für

ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu legen.“³ Die Troika verhandelt diese Programme und überwacht ihre Umsetzung. Der übliche Inhalt einer solchen Vereinbarung sind Privatisierungen, Sozialabbau, Lohnkürzungen und eine Schwächung von ArbeitnehmerInnenrechten.

Auf diesem Wege wurde unter dem Deckmantel der Wettbewerbsfähigkeit eine massive Verschlechterung der Lebensstandards durchgesetzt. Die Auswirkungen - wie wir sie in Griechenland, Portugal und anderen „Programmländern“ sehen können - sind eine Verschärfung der Rezession und der Ausbruch einer enormen sozialen Krise. Seit die Troika mit der „Rettung“ Griechenlands begonnen hat, ist die griechische Wirtschaft um fast 30 % geschrumpft, die Arbeitslosigkeit ist von 9,5 % auf über 27 % gestiegen, und die Staatsschulden haben sich von 129,7 % auf 175,1 % der Wirtschaftsleistung erhöht. Mehr als ein Drittel der griechischen Bevölkerung ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen.⁴

Die Wettbewerbsfähigkeit hat sich indes nicht erhöht. Die Rezession hat in allen betroffenen Ländern zu einer immensen De-Industrialisierung geführt und so die Volkswirtschaften um Jahrzehnte zurückgeworfen. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen wäre das Gegenteil erforderlich gewesen – öffentliche Investitionen in zukunftsfähige, moderne Industrien. Und um die Ungleichgewichte zu beseitigen hilft es nichts, die niedrigen Löhne in Südeuropa immer weiter zu drücken. Notwendig wären stattdessen anständige Löhne in den hochproduktiven Ländern, von denen der wirtschaftliche Druck ausgeht. Allen voran ist Deutschland mit seinem riesigen Niedriglohnsektor die zentrale Ursache der Ungleichgewichte.

3. Was ist der Wettbewerbspakt?

Der Wettbewerbspakt wurde von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede beim World Economic Forum in Davos im Januar 2013 ins Spiel gebracht.⁵ Die Grundidee des Paktes ist, dass alle Eurozonen-Länder (sowie alle anderen EU-Länder, die sich entscheiden mitzumachen) mit der EU-Kommission bilaterale Reformverträge vereinbaren müssen. In diesen Verträgen würden sie sich zu Reformen zur Verbesserung ihrer „Wettbewerbsfähigkeit“ verpflichten. Merkel argumentierte, dass eine dauerhafte Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“ notwendig sei, um den europäischen Anteil an den Weltmärkten zu vergrößern und so die Lebensstandards zu verbessern. Zu den wettbewerbsorientierten Reformen, die von der EU gefördert werden, gehören zum Beispiel Kürzungen von Löhnen und Renten/Pensionen sowie der Abbau ökologischer Standards.

Solche Maßnahmen sind eine Bedrohung für den Lebensstandard anstatt ihn zu verbessern. Und sie sind auch der Weg in die wirtschaftliche Misere, unter der die Bevölkerung und der Großteil der Unternehmen leiden. Nur wenige Großkonzerne und Unternehmen, die vor allem für den Export produzieren, profitieren. 2013 fand eine Reihe von Diskussionen im Europäischen Rat und mit der Kommission statt, in denen der Vorschlag weiterentwickelt wurde.

Das Ergebnis: Mit dem Wettbewerbspakt soll eine Art „Troika für alle“ – das heißt, eine Erweiterung der desaströsen Wirtschaftsrezepte der Troika (siehe Frage 2) auf die gesamte Eurozone – etabliert werden.

Die Reformverträge sollen so gestaltet werden, dass die „Wettbewerbsfähigkeit gesteigert“ und ein „weites Feld von wachstums- und beschäftigungsfördernden Strategien und Maßnahmen abgedeckt wird, einschließlich der Entwicklung der Arbeits- und Produktmärkte, der Effizienz des öffentlichen Sektors, sowie Forschung und Innovation [...]“. ⁶ All das ist bewusst positiv klingend formuliert um zu verdecken, was dahinter steckt. Die Erhöhung der „Wettbewerbsfähigkeit“ durch Maßnahmen in diesen Bereichen bedeutet einmal mehr Lohnkürzung, Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und Entlassungen im öffentlichen Dienst sowie weniger Umweltschutz. Der Pakt würde also zu-sätzlichen Druck für eine weitere Neoliberalisierung der Wirtschafts-, Sozial- und Haushaltspolitik in der EU erzeugen. Das bedeutet hohe Kosten für uns alle und höhere Profite und Einkommen für einige wenige.

Da das nicht einfach durchsetzbar ist, wird das Ganze in dünnes Zuckerlpapier verpackt: Länder, die solche Vereinbarungen akzeptieren, sollen im Gegenzug Finanzhilfen erhalten. Die Umsetzung der Reformen soll von der Kommission überwacht werden, und die Finanzhilfen sollen von den Fortschritten beim Reformprozess abhängig gemacht werden: Nur wenn die vereinbarten Reformen wirklich umgesetzt werden, wird die EU weiter Finanzhilfen leisten. ⁷

Damit ist der Troika-Mechanismus perfekt: neoliberale Reformprogramme gegen finanzielle Unterstützung. Und spätestens wenn Länder in finanzielle Schwierigkeiten - ob tatsächlich oder herbeigeredet, wie das heute im Zusammenhang mit dem Schuldenstand oft passiert, sei dahingestellt - geraten, haben sie keine andere Wahl mehr, als die Verträge zu akzeptieren. Die Kommission hätte dann effektiv das letzte Wort in Bezug auf zentrale wirtschaftspolitische Maßnahmen, weil das verschuldete Land den Vertrag akzeptieren muss, um finanzielle Hilfen zu bekommen.

4. Welche oder wessen Interessen stehen hinter dem Pakt?

Welche Interessen durch das Gerede von der „Wettbewerbsfähigkeit“ bedient werden sollen, wurde unter anderem beim Treffen des Europäischen Rats am 19. Dezember 2013 offensichtlich.

Bereits im März 2013 hatte Bundeskanzlerin Merkel den französischen Präsidenten Hollande und Kommissionschef Barroso nach Berlin zu einem Treffen mit 15 Vorstandsvorsitzenden (Mitglieder des ERT, des Economic Round Table/Europäischer Runder Tisch der Industriellen) großer Konzerne geladen. In dieser Runde wurde eine „Arbeitsgruppe zur Wettbewerbsfähigkeit“ einberufen. Der Bericht der Gruppe forderte unter anderem niedrigere Steuern für Unternehmen eine Lockerung der (bereits eingeschränkten) Bankenregulierung, einen weiteren Abbau des

ArbeitnehmerInnenschutz, einen gestrafften Prozess zur Erleichterung von Fusionen und Übernahmen, sowie Privatisierungen – also die typische neoliberale Agenda, mit der Konzerne ihre Gewinne auf Kosten der ArbeitnehmerInnen erhöhen wollen.

Corporate Europe Observatory, eine lobbykritische Organisation aus Brüssel, sagte dazu: „Die Forderungen des ERT scheinen letztlich darauf hinauszulaufen, die EU völlig in den Dienst der Unternehmen zu stellen.“⁸ Der Einfluss des ERT auf die EU-Politik hat eine lange Tradition und begann vor dem Maastrichter Vertrag.⁹ Im Zuge der europäischen Wirtschaftskrise war der ERT in der Lage, seine politische Agenda deutlich voranzubringen.

Und so kam es dann auch, dass der Bericht dieser einseitig von Konzerninteressen dominierten Arbeitsgruppe sich in fast allen Aspekten im Vorschlag zum Wettbewerbspakt wiederfindet, auf den sich der Rat im Dezember 2013 geeinigt hat.

5. Was sind die Hauptkritikpunkte am Wettbewerbspakt?

In Griechenland, Portugal und den anderen „Programmländern“ können wir die Folgen dieser engstirnigen Wettbewerbsorientierung gut erkennen: Tiefe Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben haben eine massive Rezession verursacht. Die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe, während die Arbeitslosenunterstützung gekürzt wurde. Dies führte zu schnell wachsenden Armutsraten, sinkenden Lebensstandards, vielen Menschen ohne Gesundheitsversorgung und Obdachlosigkeit. Gleichzeitig hat diese Politik die Wirtschaftskrise weiter verschärft, denn die Rezession bedeutete erhebliche Rückgänge der Steuereinnahmen und die Instabilität bedeutet Kapitalflucht. Außerdem haben die Menschen durch die Lohnkürzungen kein Geld mehr, außer dem Lebensnotwendigsten (und immer öfter auch nicht einmal das) noch etwas einzukaufen. Das offizielle Ziel dieser Politik war die Überwindung der Schuldenkrise. Doch durch die Wirtschaftsschrumpfung sind die Schuldenberge nur weiter gewachsen.

Der Pakt geht in die gleiche Richtung, nun allerdings für alle Euroländer. Das Ziel einer ständigen Erhöhung der „Wettbewerbsfähigkeit“ impliziert permanente Lohnkürzungen, Privatisierungen und Sozialabbau. Die Lebensstandards, für die Gesellschaften über Jahrzehnte gearbeitet haben, und soziale Rechte, die von früheren Generationen nach den Weltkriegen erkämpft wurden, würden in allen Eurozonen-Ländern direkt angegriffen werden. Besonders in Krisenzeiten könnten die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Politik fatal sein.

Ein zweites Argument ist die Demokratie. Wie zuvor die Troika-Programme würde der Wettbewerbspakt das Ausmaß der demokratischen Entscheidungsfindung reduzieren.

Die Reformvereinbarungen sollen zwischen den nationalen Regierungen und der Kommission verhandelt werden. Der parlamentarische Einfluss soll dabei minimiert werden. Laut den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2013 soll es eine „angemessene Mitwirkung“ der nationalen Parlamente geben.

Dies klingt mehr nach Informationsrecht als nach tatsächlicher Entscheidungsmacht. Hingegen würde die kaum demokratisch legitimierte EU-Kommission eine Schlüsselrolle bekommen. Damit würde der Pakt also in der Eurozone die sozialen Sicherungssysteme und die Arbeitsrechte angreifen und darüber hinaus die Demokratie einschränken. Das heißt, der Pakt bedeutet einen Angriff auf uns alle, auf unseren Lebensstandard, die Gesundheitsversorgung, die Bildungschancen, auf unsere Einkommen und die unserer Kinder.

Der dritte wesentliche Kritikpunkt bezieht sich auf die globale Bedeutung des Paktes. Angela Merkel hat in Davos sehr deutlich gemacht, dass durch den Pakt die Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone als Ganzes verbessert werden soll, um ihre Rolle auf den Weltmärkten zu stärken.

Auf globaler Ebene könnte der Pakt sowohl eine wirtschaftliche Destabilisierung verursachen als auch die wirtschaftliche Entwicklung auf der südlichen Halbkugel behindern, weil eine zunehmend wettbewerbsfähige Eurozone mehr exportieren würde. Exportüberschüsse hier bedeuten Defizite dort. Die globalen wirtschaftlichen Ungleichgewichte würden zunehmen, und weniger entwickelte Länder würden unter noch stärkeren Druck geraten. Die Eurozone würde mehr und mehr jene belastende Rolle in der Welt übernehmen, die heute Deutschland innerhalb der Währungsunion spielt.

Zu einem gewissen Grad würden andere Regionen mit einer Abwertung ihrer Währungen reagieren, um die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone auszugleichen. Dies könnte zu weiteren Einschnitten und/oder Währungsabwertungen in der Eurozone führen. Ein unkontrollierbarer Währungskrieg könnte die Folge sein.

Es besteht also das Risiko, dass der Wettbewerbspakt eine globale wirtschaftliche und soziale Abwärtsspirale auslöst.

6. Was ist der aktuelle Verhandlungsstand?

Nachdem Angela Merkel die Idee eingebracht hatte, fanden zahlreiche Debatten statt. In diesem Rahmen hat die EU-Kommission Vorschläge entwickelt, wie der Pakt genau umgesetzt werden könnte. Basierend auf diesen Vorschlägen vereinbarte der Europäische Rat im Oktober 2013, dass „die Arbeit fortgeführt werde, um die wirtschaftspolitische Koordinierung zu stärken, mit dem Ziel, im Dezember [2013] Entscheidungen über die Hauptbestandteile vertraglicher Vereinbarungen und damit verbundener Solidaritätsmechanismen zu treffen“. ¹⁰ Es sah so aus, als würde alles ganz schnell gehen.

Im Dezember wurde der Prozess jedoch gebremst. In den Schlussfolgerungen des Dezembergipfels des Rates wird ausgeführt, dass „Partnerschaften, die auf einem System einvernehmlich vereinbarter Verträge und Mechanismen beruhen, dazu beitragen würden, eine solide Politik zu erleichtern und zu unterstützen [...]“. Die Möglichkeitsform wird im gesamten Abschnitt zum

Wettbewerbspakt verwendet, was zeigt, dass es keine politische Einigkeit gab. Der Bereich, in dem es die größte Uneinigkeit gibt, ist jener der Finanzhilfen - der sogenannte Solidaritätsmechanismus. Der Zweck dieses Mechanismus soll nun sein, „denjenigen Mitgliedsstaaten gegebenenfalls Unterstützung anzubieten, die einvernehmlich vereinbarte Vertragsabkommen abschließen“. Dies kann alles Mögliche bedeuten.

Die Schlussfolgerungen zeigen zudem, dass damals noch keine Übereinstimmung, weder zur Art der Unterstützung - Kredite, Zuschüsse oder Garantien - noch zum Betrag gefunden wurde. Der Rat kam lediglich zu dem Schluss, dass in Bezug auf diese Themen „noch weiter gearbeitet werden wird“. Während die deutsche Regierung entschieden auf einen „Troika für alle“-Ansatz drängte, bei dem Reformdruck mit finanziellen Anreizen verknüpft wird, stellten andere Regierungen, wie z. B. die von Österreich, Finnland, Schweden und den Niederlanden, das Grundprinzip des Mechanismus infrage. Sie wollten nicht die Rechnung für die Reformen anderer Länder bezahlen. Letztendlich läge es im eigenen Interesse dieser Länder, wettbewerbsfähiger zu werden. Sie wollen Reformverträge etablieren, aber ohne eine Verknüpfung mit Finanzhilfen - was dann die Frage aufwirft, warum Mitgliedsstaaten überhaupt solche Verträge unterzeichnen sollten. In diesem Modell könnte der Pakt ein schwaches, nicht-bindendes Instrument werden.

Doch damit wurde die Entscheidung nur verschoben. Für den neuen Kommissionschef Juncker hat die Durchsetzung des Wettbewerbspaktes Priorität für's erste Jahr. Die - einseitigen und wirtschaftspolitisch kontraproduktiven - Empfehlungen der Kommission sollen in den Mitgliedstaaten durchsetzbar sein. Auch die wichtigsten Kommissare, Pierre Moscovici für Wirtschaft und Finanzen sowie Valdis Dombrovskis für den Euro, haben das bereits bei ihrer Anhörung im EU-Parlament klar gemacht.

Bereits Ende 2014 sollen dafür im Europäischen Rat die Weichen gestellt werden. Ob die politischen Eliten Einigkeit über den Wettbewerbspakt erzielen werden, ist eine offene Frage, die nicht in den EU-Verhandlungsräumen beantwortet werden wird. Die Antwort wird auch von Wahlergebnissen, öffentlichen Debatten, Aufmerksamkeit und Widerstand abhängen!

7. Was könnte den Wettbewerbsfähigkeitspakt zum Scheitern bringen?

Den Wettbewerbspakt zum Scheitern zu bringen erfordert Anstrengung auf mehreren Ebenen. Im Herbst 2014 haben die Befürworter wieder Aufwind. Deswegen müssen wir dran bleiben und Widerstand mobilisieren. Dazu gehört vor allem Aufklärungsarbeit.

Wir müssen mit dem Mythos der Wettbewerbsfähigkeit brechen und darüber informieren, wessen Interessen hier durch welche Maßnahmen durchgesetzt werden. Je größer die öffentliche Aufmerksamkeit, desto schwieriger wird es, den Pakt durchzusetzen.

Soziale Bewegungen einzelner Länder müssen Allianzen eingehen und Interessenvertreter mobilisieren, die die Position der Regierungen beeinflussen können. Ein gutes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die von Attac Österreich gestartete Kampagne „Europa geht anders“, bei der versucht wird, ein breiteres Bündnis unter den Gruppen herzustellen, die gegen den Wettbewerbspakt und die „Troika für alle“ sind.¹¹

8. Was wären die Konsequenzen, wenn der Wettbewerbspakt scheitert?

Der Wettbewerbspakt ist eines der zentralen Leitprojekte der wirtschaftlichen und politischen Eliten, um die neoliberale Wirtschaftsregierung der EU zu vervollständigen.¹² Ein Scheitern würde Platz für einen Richtungswechsel schaffen.

Ob aus einem Scheitern des Wettbewerbspaktes ein umfassender Paradigmenwechsel entstehen könnte, hängt davon ab, ob das Scheitern als Scheitern der handelnden Akteure und Regierungen interpretiert wird. Zum Beispiel ist die deutsche Regierung bisher ein Hauptantrieb der Wettbewerbsfähigkeitsagenda. Wenn nun mit dem Pakt eines der „Lieblingsprojekte“ der konservativen Führung in Deutschland scheitert, könnte ein erster Bruch mit der Wettbewerbsagenda erreicht werden, der es auch ermöglicht, andere Projekte dieser Art neu zu diskutieren.

Allerdings müssen wir realistisch sein. Ein Scheitern des Paktes kann auch dazu führen, dass andere Projekte (wie das Wirtschaftsabkommen TTIP mit den USA oder CETA mit Kanada) noch entschiedener vorangetrieben werden. Die letzten Jahre haben uns gezeigt, dass die Eliten sehr geschickt darin sind, ihre wirtschaftlichen Prioritäten mit einer Vielzahl von Instrumenten und Mitteln zu verfolgen. Es ist daher wichtig, nicht nur einzelne Projekte zu bekämpfen, sondern die gesamte Logik der neoliberalen Reformagenda zu kritisieren und die Zusammenhänge herzustellen.

Ein Scheitern des Paktes muss als ein Scheitern der wirtschaftlichen und finanziellen Eliten hervorgehoben werden, und insbesondere als ein Scheitern ihrer fehlgeleiteten Überzeugungen, Paradigmen und der Glaubwürdigkeit ihrer Agenda. So kann die Möglichkeit geschaffen werden, über grundlegende Alternativen zu diskutieren.

9. Welche Möglichkeiten würde ein Scheitern des Wettbewerbspaktes den europäischen sozialen Bewegungen bieten?

Der Widerstand gegen den Wettbewerbspakt hat eine Verzögerung bewirkt. Die Uneinigkeiten unter den Staats- und Regierungschefs der EU, und insbesondere der Eurozone, scheinen aber langsam überwunden zu werden.

Die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen spielen in die Hände der sozialen Bewegungen mit ihren Forderungen nach einer radikalen Änderung der Krisenpolitik - angefangen mit einem Ende der Kürzungspolitik.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem dieser Bericht entsteht, sehen sich fünf Eurozonen-Länder mit Deflation konfrontiert, und das Risiko nimmt zu, dass sich diese Dynamik auf den Rest der Eurozone ausbreitet. Dies zeigt deutlich, dass die Kürzung von Löhnen und Renten und die Zerstörung der Sozialstaaten - wie es gerade in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland passiert - die Krise schlichtweg verstärken. Der Widerstand der Bevölkerung gegen diese Politik nimmt täglich zu - nicht nur in den südeuropäischen Ländern, sondern auch in Frankreich, Österreich und Deutschland. Gerade diese Entwicklungen könnten ein Ansatzpunkt sein, dass der Wettbewerbspakt in letzter Sekunde doch noch zu Fall gebracht wird. Das geht allerdings nur durch massiven, lautstarken Widerstand von uns allen!

Jedoch ist ein Blockieren dieses Vorschlags nicht genug, da die wirtschaftlichen und politischen Eliten versuchen, einen anderen Weg für die Verwirklichung ihrer Ziele zu finden, wie das Beispiel TTIP zeigt (siehe Frage 8).

Für die sozialen Bewegungen ist nun die Zeit gekommen, noch stärker die Initiative zu ergreifen und nicht nur Widerstand gegen die Kürzungspolitik zu formieren, sondern auch anzufangen, Alternativen zu entwickeln. Viele Ansätze liegen bereits auf dem Tisch:

- Höhere Löhne und Renten, sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit. Damit kann die Nachfrage gestärkt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Die kürzere Arbeitszeit würde helfen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.
- Direkte Staatsfinanzierung durch die EZB, um die Privatbanken aus dem Spiel zu nehmen und die krisenverschärfende Zinsspirale zu durchbrechen.
- Aufspaltung von Geschäfts- und Investmentbanken, Zerlegung der Großbanken in kleinere Einheiten und Demokratisierung des Finanzsektors.
- Einführung von Vermögenssteuern und höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen sowie Bekämpfung von Steuerflucht.

Es mangelt nicht an Ideen. Es geht um die Durchsetzung. Für die Durchsetzung solcher Schlüsselforderungen sind starke Allianzen nötig. Diese Vorschläge stellen das Anliegen einer gerechteren Wohlstands- und Arbeitsverteilung in den Mittelpunkt - als Alternative zu „Wettbewerbsfähigkeit“ und der damit verbundenen wahnsinnigen Vorstellung, dass sich die Volkswirtschaften selbst aus der Krise „herausexportieren“ könnten.

Strategische Forderungen, die kurzfristige Antworten geben, müssen um Forderungen ergänzt werden, die den Schwerpunkt stärker auf die ökologische Krise und Klimagerechtigkeit legen.

Der Einstieg könnte hier mit Themen wie dem Übergang zu erneuerbaren Energien, Ernährungssouveränität, dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Umsiedlung anderer Sektoren der Wirtschaft erfolgen.

Um dies zu erreichen, sollten die sozialen Bewegungen auch damit beginnen, die Idee eines neuen Verfassungsprozesses in Europa, der von seinen BürgerInnen geleitet wird, zu diskutieren, da es offensichtlich ist, dass der derzeitige Rahmen der Europäischen Union radikal verändert werden muss. Wir müssen diese Gelegenheit ergreifen, um die Debatte über diese fundamentalen Fragen anzustoßen und um die Fähigkeit zurückzugewinnen, Entscheidungen über unsere Zukunft selbst zu treffen.

Referenzen

- 1 Europäischer Rat, Schlussfolgerungen des Frühjahrsgipfels 2000, online: http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/00100-rl.en0.htm.
- 2 Bisher haben Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern diesen Mechanismus genutzt.
- 3 EU-Kommission: Finanzhilfen für Griechenland, online: http://ec.europa.eu/economy_finance/assistance_eu_ms/greek_loan_facility/.
- 4 EU-Kommission (Mai 2014): Eurostat, online: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes>.
- 5 siehe: <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2013/01/2013-01-24-merkel-davos.html>.
- 6 Europäischer Rat (Dezember 2013): Schlussfolgerungen des Gipfels, Absatz 34, online: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/140245.pdf.
- 7 *ibid*, Absatz 35, 37.
- 8 <http://corporateeurope.org/eu-crisis/2013/06/mad-men-roundtable>
- 9 http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/state_of_europe_chapter.pdf
- 10 Europäischer Rat: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/139197.pdf.
- 11 <http://english.europa-geht-anders.eu/>.
- 12 <http://corporateeurope.org/eu-crisis/2014/02/punishing-victims-beginners-guide-eu-and-crisis#glossary>.



„Wettbewerbsfähigkeit“ ist ein Code-Wort für eine einseitige wirtschaftspolitische Agenda im Interesse weniger. Der derzeit verhandelte Wettbewerbspakt ist ein wichtiger Baustein der Europäischen „Wirtschaftsregierung“, die in die völlig falsche Richtung geht. In diesem Bericht zeigen wir die Mythen und die Realitäten, die das Konzept der „Wettbewerbsfähigkeit“ umgeben – und ihre wahre Bedeutung für das Leben der Menschen in der EU.

Oktober 2014

Eine Publikation von Attac und Transnational Institute (TNI).

%attac

Attac ist eine internationale Bewegung, die Teil der globalisierungskritischen Bewegung ist. Wir setzen uns für eine demokratische, ökologische und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft ein. Wir kämpfen unter anderem für die Schließung von Steueroasen, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Erhaltung und Ausweitung öffentlicher Güter und Dienstleistungen sowie einen gerechten Welthandel und Klimagerechtigkeit.

www.attac.org



TNI (Transnational Institute, gegründet 1974) ist ein internationales parteiunabhängiges Netzwerk von WissenschaftlerInnen, das sich die kritische Analyse der globalen Probleme von heute und morgen zum Ziel gesetzt hat. TNI unterstützt mit seiner Expertise BürgerInnenbewegungen in ihrem Einsatz für eine demokratische, gerechte und ökologisch nachhaltige Welt. Im Geiste einer öffentlichen Wissenschaft fördert TNI die internationale Zusammenarbeit bei der Analyse und Lösung globaler Probleme wie Militarismus und Konflikte, Armut und Ausgrenzung, soziale Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung.

www.tni.org